

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 1909. Postcheckkonto Berlin Nr. 904 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 311 B

BERLIN • Mittwoch, den 1. Februar 1933

2. JAHRGANG

Es ist so weit! Die Arbeiter haben keine Zeit zu verlieren!

W-er. Die wichtigste Tat der Hitler-Regierung war zunächst die Veranstaltung von Fackelzügen, die außer in Berlin auch in mehreren Orten Deutschlands stattfanden; in Berlin war der SA und dem „Stahlhelm“ sogar gestattet worden, mit ihren Fackeln durch die Baumheile, durch das Brandenburger Tor zu ziehen. Vielleicht haben sie nicht daran gedacht, daß Kapp und Lüttwitz im März 1920 durch dasselbe Tor einzogen, um eine Regierung ungenügend nach jetzigem Muster zu bilden. Der damalige Versuch wurde allerdings von der Arbeiterschaft sofort mit gebührendem Schwung innerhalb von acht Tagen liquidiert.

Ueber die Aktionen und Aufrufe der Gegner der jetzigen Regierung berichten wir zusammenhängend an anderer Stelle, wenigstens soweit es sich um beachtenswerte Stimmen wirklicher Gegner des Hitler-Faschismus handelt. Diese Stimmen erscheinen uns — wir müssen dies hier leider öffentlich feststellen — als ein Abbild der

politischen und moralischen Verwirrung der gesamten Führerschaft jener die Aufrufe veranlassenden Organisationen.

Wir wieder und wieder festgesetzt haben — die Gefahr einer drohenden Hitler-Regierung von den meisten nicht rechtzeitig erkannt worden ist. Wie eine beachtenswerte Korrespondenz mitteilt, ist der Regierungsantritt Hitlers nur für Eingeweihte keine Überraschung gewesen. Wir sind selbstverständlich nicht verdächtig, zu Hitler-Kreisen intime Beziehungen zu haben, trotzdem waren wir von der Berufung Hitlers nicht überrascht. Solange nämlich keine Regierung die furchterliche Not nicht nur des ausgesprochenen Proletariats, sondern auch großer Teile des sogenannten Internationals behebt, solange ist die Gefahr einer Hitler-Regierung im protokollarischen Sinne nicht absehbar.

Was heißt hier Hitlerrei? Das heißt, daß die große Macht der Hitler-Bewegung nicht unbedingt an der Person Adolf Hitlers hängt. Das heißt vielmehr, daß in einem so übersteigert romantischen und im Grunde verbildeten Volk wie dem deutschen die materielle Not der Zeit ein moralisches und geistiges Chaos auslöst. Die konsequente organisatorische Zusammenfassung dieses Chaos stellt die NSDAP dar. Beweis: Hitlers Buch „Mein Kampf“, die Parteireden führender Nationalsozialisten in der Öffentlichkeit, die Organisation und Verherrlichung von Fememorden und vieles andere.

Dieser Bewegung kann nur das Wasser abgegraben werden durch eine entschieden vernünftige, sozialistische Politik, die allen Ausgebeuteten, und zwar Arbeitern, Bauern (nicht den Landwirten, sondern den Bauern, die von ihrer Hände Arbeit leben und nicht besser leben als die Proletarier) und proletarisierten Beamten und Mittelständlern ein würdiges und freies Dasein garantiert.

Der Fehler der großen deutschen Arbeiterbewegung, die von Marx soziologisch und von Nelson philosophisch hätte lernen sollen und können, war es, die Augen vor den etwas tiefer liegenden Hintergründen zu verschließen.

Lange Zeit hindurch glaubte man, wir wiederholen, das glauben auch die historischen Materialisten: die Kräfte von Irrsinnigen dadurch zu bändigen, daß man sie der Umgebung, die nicht viel weniger irrsinnig war, als Irrsinnige denunzierte. Der Versuch, eine verzweifelte Menschenmasse durch Bewitzelung ihrer törichten Forderungen zur Vernunft zu bringen, oder der noch viel lächerlichere Versuch, einer organisierten Mördergruppe durch Anstandsreden begegnen zu wollen, mußte für Politiker, die Ereignisse gern von vorn und nicht nur „von hinten photographieren“, ausgeschlossen sein. Die großen Organisationen der Arbeiter und auch die bürgerlichen Hitler-Gegner begnügten sich im Grunde damit.

Jetzt festzustellen, daß Hitler sein Ziel erreicht habe, und daß Hindenburg ihn ins Amt gerufen hat. Als wir im November diese Taten Hindenburgs klar voraussagten, lächelten manche organisierten Arbeiter; nur Herr Melcher, der besser Bescheid wußte, verbot unsere Zeitung, weil sie „Hindenburg böswillig verächtlich gemacht und beleidigt“ hatte.

Nun ist die neue Situation da. Die „Vossische Zeitung“ fragt naiv: „Was hat sich seit dem 13. August und dem 24. November geändert? Welche Garan-

tien bestehen, daß der nationalsozialistische Führer die Macht, die ihm übertragen worden ist, nur im Rahmen der Verfassung und auf dem Boden der Rechtsordnung ausüben wird?“ Nicht viel hat sich geändert; die alte Not ist größer geworden, und die Phrase stieg im Kurs! Garantien? Siehe Frick vor der Presse!

Herr Wolff im „Berliner Tageblatt“ ist noch naiver: Er schließt mit Morgenstern „messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf“, und stellt demgemäß fest: „Diese Regierung muß ... verschwinden oder sofort zu Neuwahlen schreiten, wenn sie die in der Verfassung vorge-

des Wortes, dieses Volk kriegt jetzt eine Regierung zu spüren, von der Menschen, die den Anspruch erheben, zu denken, es leicht hätten befreien können. Die Dekadenz des deutschen Bürgertums hat hier ihre verdiente Strafe erhalten.

Ebenso die Organisationen der Arbeiterschaft; denn daß die Befreiung der Arbeiter nicht von Liberalen ausgehen kann, von denen Wolff in treffender Selbstironie gelegentlich behauptet hat, sie seien liberal im Denken und konservativ in Geldfragen, ist längst theoretisches Gemeingut aller politischen Arbeiterführer.

Das Ausland über die Hitler-Regierung.

Die bürgerliche Presse des Auslandes nimmt die Nachricht von Hitlers Kanzlerschaft jetzt weit ruhiger auf, als es noch vor einigen Monaten der Fall gewesen wäre. Man hat — vor allem seit Papens Tötung — so viele Dinge erlebt, daß man sich nicht mehr über die Ernennung Hitlers zu dem neuen Regierungschef aus dem Ausland aufregen kann. Neurath, Blomberg und Papen gesetzt, die von Geisler her bekannt sind. Fast überall wird ein gewisser Schadenfreude bemerkt, jetzt würde man sehen können.

„ob Hitler ein Held oder ein Charlatan“ sei, wie „Daily Express“ sich ausdrückt. Außerdem sei vorzuziehen, „daß die Mitglieder der Reichsregierung sich gegenseitig auffressen“ („Matin“). Die wahre Macht habe sicherlich nicht Hitler („Liberté“), er werde sich voraussichtlich zugrunde richten („Petit Parisien“). „Temps“ faßt die Lage so zusammen:

„Mit der Uebernahme der Regierung durch Hitler wird in Deutschland eine Zeit beginnen, in der die Türen allen Abenteuerern weit geöffnet ist.“

Der neue französische Ministerpräsident, Daladier, erklärte, die außenpolitischen Schwierigkeiten würden immer größer, man dürfe die Ernennung Hitlers nicht als nebensächliche Angelegenheit betrachten.

Englische Blätter erwähnen, und der amerikanische Abgeordnete Fish betont ausdrücklich, daß Hitler ein starkes Bollwerk gegen den Kommunismus bildet.

„Telegraph“, das Blatt des tschechischen Außenministers Benesch, schreibt, Hitlers Ernennung treibe die Dinge auf die Spitze, schon jetzt könne man auf Entscheidungen schwerster Art gefaßt sein.

Das linksbürgerliche „Neue Wiener Extrablatt“ schreibt unter der Überschrift: „Sieg der Intrige“: „Es war aber kein ehrlicher frisch-fröhlicher Kampf um die Macht, sondern ein Frosch-Mäuse-Krieg der Privilegierten und Besitzenden, die schließlich in Hitler ein brauchbares Aushängeschild fanden.“

Die „Baseler Nationalzeitung“ erklärt: „Im wesentlichen lautet jetzt das einzige deutsche Zukunftsprogramm: Wird Hitler die alte Rechte zermürben oder wird diese Hitler als Werkzeug zu gebrauchen wissen? Die zweite Deutung ist die wahrscheinlichere, denn hier steht eine herrschgewohnte Klasse neben einem Demagogen, der sein Minderwertigkeitsgefühl durch Selbstüberschätzung erfolgreich kompensiert.“

Werden die neuen Deutschen der internationalen Demokratie gegenüber eine neue Haltung einnehmen?

Die Stimmen, so „Daily Telegraph“ und „Times“ der Ansicht sind, daß die Stellung der neuen Regierung zum Versailler Vertrag eine wichtige Rolle spielen wird, und auch in Polen behauptet wird, daß es heute bereits gleichgültig sei, wer in Deutschland am Ruder sei, die vor allem gegen Polen gerichteten Revolutionsbestrebungen würden von jeder nationalistischen Deutschen Regierung verfolgt werden, sehen andere Blätter in der Ernennung der neuen Regierung eine erhebliche Verschärfung der internationalen Beziehungen. „Daily Mail“ schreibt:

„Heute sind alle Kräfte in Deutschland vereinigt, die entschlossen sind, den Versailler Vertrag zu zerreißen und Deutschland zu einer Macht, die fähig ist, Europa ihren Mark, fürzuzwingen, zu machen. Frühere Streitigkeiten sind vergessen in dem gemeinsamen Ziel: Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete in dem Geiste der Worte Hindenburgs: „Was einmal deutsch war, ist immer deutsch.“

In Italien wird die neue Regierung selbstverständlich mit größter Herzlichkeit begrüßt. Im „Giornale d'Italia“ schreibt Gayda, Deutschland kehre zu seinen nationalen Werten zurück.

Auch in Moskau wird die Lage in Deutschland natürlich mit großem Interesse verfolgt. Die Einigung der Nationalsozialisten, des „Stahlhelm“, und der Deutschnationalen Volkspartei sei — so heißt es — das größte politische Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Das Triumvirat Hitler, Hugenberg und Papen sei eine schwere Gefahr für die marxistischen und kommunistischen Bestrebungen des deutschen Proletariats.

Die KPD stehe jetzt vor großen politischen Aufgaben. Sie müsse eine Mauer gegen die neue Regierung bilden und die Massen des deutschen Proletariats an sich reißen. Die KPD müsse jetzt beweisen, daß sie eine revolutionäre Partei sei.

schrlebene Zustimmung der Mehrheit nicht erlangt.“ Oder? Siehe Italien und Bulgarien!

Die „Vossische Zeitung“ schreibt weiter: „Die Hauptverantwortung trägt vor der Geschichte der Reichspräsident von Hindenburg...“ An diesem Ausspruch sieht man, wer die wirkliche Schuld trägt.

Diese Schuld trägt die gesamte linke und freiheitliche Bevölkerung Deutschlands, die sich in dem Wahn wähnte, Ruhe und Ordnung könnte von einem Reichspräsidenten ausgehen, selbst wenn in dessen Land auch die mindesten Grundzüge von Recht und Gerechtigkeit ungestraft jeden Tag millionenmal mit Füßen getreten werden dürfen. Diese Schuld trägt eine Geisteshaltung, die sich bei Wolff zeigt: „Daß man Hitler einmal die Regierung überlassen werde, und daß das deutsche Volk auch noch durch eine solche Periode hindurch müsse, mit diesem Gedanken hatten sich allmählich auch die Widerstrebenden vertraut gemacht.“

Und dieses Volk, von dem Wolff in großer Bescheidenheit feststellt, daß es stolz war auf die Freiheit des Denkens und

Die Mission des „Funken“ ist der Versuch, der seit langem drohenden akuten Hitler-Gefahr eine geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegenzustellen, eine Einheitsfront mit dem entschiedenen Willen zur gemeinsamen Aktion

und mit dem ebenso entschiedenen und aufrichtigen Willen, nach der Abwehr der unmittelbar drohenden Uebernahme der Macht durch Hitler zu einer konsequenten Verständigung über den Aufbau eines sozialistischen Staates zu gelangen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen und längst nicht immer vergeblich (wie der heutige Bericht eines unserer Genossen aus Paris beweist), daß die Einigung der Arbeiterschaft nicht erst dann in Angriff genommen werden dürfe, wenn Hitler im Besitz der Staatsmacht sei. Die Proklamationen der Arbeiterführer gegenüber der Hitler-Regierung zeigen sogar heute noch, daß die moralische Bereitschaft zu einer Einigung noch nicht vorhanden ist. Aus den Aufrufen des ADGB, der SPD, des „Vorwärts“ und der KP geht zwar der mit deutlichen und anständigen Wor-

ten geäußerte Wunsch nach einer Einheitsfront aller Arbeiter hervor.

Keiner aber tut den entscheidenden Schritt und schreibt einen Brief an die Führung der anderen Gruppe mit der Bitte, die drohende Gefahr wenigstens jetzt in einer gemeinsamen und ordentlichen Aussprache zu erörtern und Maßnahmen gegen sie zu beschließen. Jeder beeilt sich, zuerst auf dem Plan zu stehen mit einem Aufruf, gleichsam um zu zeigen, daß er der Tüchtigere ist, sodaß also er verdient, daß die Arbeiter ihm nachlaufen. Die SPD verbrämt diesen parteipolitischen Gesichtspunkt sogar so weit, daß sie auffordert: „Her zur Eisernen Front!“, als wenn die Eisernen Front nicht wenigstens theoretisch etwas anderes ist als die SPD. Das Ergebnis dieser Aktionen bleibt vorerst also:

Es bleibt alles beim alten;

die einzelnen Genossen werden verwirrt; nicht einmal jetzt einigen sich die Inhaber der Kommandohöhen in der Arbeiterschaft — dies ist die beste Untermauerung der Hitler'schen Regierungsmacht.

Unser Vorschlag für die Behebung der Krise

der Arbeiterschaft ist so einfach, daß es keinen Menschen gibt, der ihn nicht verstehen kann. Es handelt sich hier um genau die gleiche Tatsache, wie Karl Radek sie feststellte, angesichts der vergeblichen Versuche Karl Liebknechts, die Kriegsgegner unter den deutschen Arbeiter-

führern im Jahre 1914 zu einer gemeinsamen Aktion zu gewinnen. Radek urteilt mit Recht, leider nur in einer persönlich-menschlichen Erklärung, über diesen Fall: „Es zeigte sich, wie sehr letzten Endes der Zusammenbruch der Führerschaft ein moralisches Problem war.“

Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß dieses moralische Problem gelöst wird, und zwar so, daß jeder Hitler-Gegner, an welcher Stelle er auch stehe, darauf dringt, den deutschen Führern der Arbeiterschaft die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens wieder und immer wieder einzuhammern. Diese Forderung muß jeder Arbeiter so intensiv in seinem Herzen großziehen, und, vor allem: er muß sie mit einer solchen Beharrlichkeit überall vorbringen, wie die Trappisten es angesichts ihres einzigen Lebenszieles tun. Es ist dies ein Orden, dessen Mitglieder ein Gelübde abgelegt haben, nichts zu sprechen außer dem gegenseitigen Gruß „Gedenke des Todes!“ Mit nicht viel weniger Eifer muß von deutschen Arbeitern gegenüber andern die Forderung vertreten werden:

Denk an die Einheitsfront!

Wer hierbei nicht hilft, hat dazu beigetragen, die deutsche Arbeiterschaft zu vernichten. Er ist ein Helfer der Hitler's; er hat sich seines Denkens und seiner freien Tätigkeit beraubt zu Gunsten eines lähmenden fatalistischen Dahinvegetierens.

Keine Regierungsbeteiligung der französischen Sozialisten.

Nach langen Verhandlungen der sozialistischen Kammerfraktion mit Daladier und der sozialistischen Abgeordneten miteinander nahm die Fraktion eine Entschliefung an, in der festgestellt wird,

daß eine Einigung nicht nur über keinen einzigen Punkt des Programms gefunden werden konnte, sondern daß auch die finanzpolitischen Absichten der Regierung nicht den vom Finanzausschuß der Kammer ausgearbeiteten Plan entsprechen. Die Fraktion sei mehr denn je entschlossen, gegen die Kräfte der Rechten an der republikanischen Mehrheit festzuhalten.

Die Sozialisten haben sich grundsätzlich zur Mitarbeit in der Regierung bereit erklärt, aber dafür die gleichen Bedingungen gestellt, die sie bereits Herriot und Paul-Boncour gegenüber vorgebracht hatten. Trotz der fünf Ministersessel, die ihnen von Daladier angeboten wurden — darunter der des Justizministers, der stellver-

tretender Ministerpräsident ist — haben die Sozialisten an diesen Forderungen festgehalten. Der rechte Flügel der Fraktion, unter Führung von Renaudel, trat für die bedingungslose Mitarbeit in der Regierung ein, damit das Zustandekommen einer nationalen Konzentrationsregierung verhindert würde.

Daladier hat bereits einen Teil der Ministerien besetzt, zumeist mit den bisherigen Ministern. Paul-Boncour wird Außenminister bleiben, George Bonnet, der Vorsitzende auf der Konferenz von Stresa, wird Chéron im Finanzministerium ablösen. Es wird jetzt nicht mehr damit gerechnet, daß die Koalition viel weiter nach rechts ausgedehnt wird. Sie wird wahrscheinlich wieder von der Unterstützung der Sozialisten oder der rechten Mitte in der Kammer abhängig sein. Ob ihr in der heiklen Frage der Budgetsanierung das Gelingen wird, was schon Herriot große Schwierigkeiten gemacht hat und worüber Paul-Boncour gestürzt wurde, bleibt dahingestellt.

Dicke Luft in Deutschland.

Der Luftschutzrummel in Deutschland reißt nicht mehr ab. Am Montag vormittag wurde eine Luftschutzwoche des Deutschen Luftschutzverbandes eröffnet, an der alle möglichen — an der Aufrüstung Deutschlands interessierten — Gruppen beteiligt sind. Der Zweck: „Ausbildung der örtlichen Führer in der Aufklärung (!) der breiten Volksmassen über die Notwendigkeit und über die Möglichkeiten des Luftschutzes.“

Wenn wirklich Aufklärung der Zweck wäre, würde man über die Möglichkeiten sich nicht mehr zu unterhalten brauchen, sondern käme zu dem Ergebnis, daß ein Luftschutz nicht nötig ist, wenn man

für die Erhaltung des Friedens sorgt.

Aber dieses ständige Gerede und Geschreie vom drohenden Krieg gewöhnt die Menschen derart daran, an seine Unvermeidlichkeit zu glauben, daß der Kampf gegen ihn und diejenigen, die ihn fördern, nicht genügend scharf oder überhaupt nicht geführt wird.

Auch in der Charité in Berlin wetteiferten am Montag Professoren, Privatdozenten, Wehrkreishygieniker u. s. w., die Notwendigkeit des Luftschutzes überhaupt und für die Krankenhäuser insbesondere zu beweisen.

Wenn sich diese vielen Kräfte für die Erhaltung des Friedens mit der gleichen Intensität einsetzen würden, wie für die Vorbereitung auf den Krieg, dann könnten wir beruhigt in die Zukunft sehen.

Wie eng übrigens derartige Übungen, Lehrgänge und Lehrgänge mit der Industrie verknüpft sind, die an der Herstellung aller Abwehrmittel und Versuchsgase verdient, darauf kommen wir demnächst zurück.

Und nun hat Deutschland auch noch einen Kommissar für die Luftfahrt. Auch er wird sich wahrscheinlich den „Luftschutz“ besonders angelegen sein lassen!

Letztet all dieser Kriegsspielerei Widerstand in jeder Hinsicht! Wir brauchen keine Feinde abzuwehren, die erst durch die Luft herankommen —

die Feinde der Arbeiterschaft sind mitten in Deutschland, und wer ihren Lufttrummel mitmacht, unterstützt sie.

Auf Hitlers Spuren

Die rechtsbürgerlichen Zeitungen bringen in Hitler Biographien, die von seiner Geburt, seiner Absicht, Künstler zu werden, über seine Moldegängertätigkeit und Beförderung zum Gefreiten hinweg bis zum Reichskanzler alles das enthalten, was man von einem Mann nicht zu wissen braucht. Um zur Kennzeichnung seiner Fähigkeiten und seines Charakters etwas beizutragen, lassen wir Hitler hier das Wort, indem wir aus seinem Buch „Mein Kampf“ einige Stellen wörtlich zitieren.

„Jammerbriefe gedankenloser Weiber.“

Ueber die Briefe, die den Frontsoldaten während des Krieges aus der Heimat geschrieben wurden:

„Ebenso übten die Jammerbriefe direkt aus der Heimat längst ihre Wirkung aus. . . Die Front wurde nach wie vor mit diesem Gift überschwemmt, das gedankenlose Weiber zu Hause zusammenfabrizierten, ohne natürlich zu ahnen, daß dies das Mittel war, dem Gegner die Siegeszuversicht auf das äußerste zu stärken, also mithin die Leiden ihrer Angehörigen an der Kampffront zu verlängern und zu verschärfen. Die sinnlosen Briefe deutscher Frauen kosteten in der Folgezeit Hunderttausenden von Männern das Leben.“

Ueber die Marxisten.

„Die Front kannte das ganze politische Parteipack nicht. Man sah die Herren Parlamentarier nur zu einem Bruchteil dort, wo die anständigen Deutschen, wenn sie nur gerade Glieder besaßen, sich damals aufhielten.“ (Herr Frick gehört danach nicht zu den anständigen Deutschen, da er während der Zeit seine geraden Glieder in Pirmasens spazieren führte.)

„So war denn die Front in ihren alten Beständen für dieses neue Kriegsziel der Herren Ebert, Scheidemann, Barth, Liebknecht usw. nur sehr wenig empfänglich. Man verstand gar nicht, warum auf einmal die Drückeberger das Recht besitzen konnten, über das Heer hinweg sich die Herrschaft im Staate anzumaßen.“

Meine persönliche Einstellung war von Anfang an fest: Ich haßte das ganze Pack dieser elenden volksbetrügerischen Parteilumpen auf das äußerste. Ich war mir längst darüber im klaren, daß es sich bei diesem Gelichter wahrlich nicht um das Wohl der Nation handelte, sondern um die Füllung leerer Taschen. Und daß sie jetzt selbst bereit

waren, dafür das ganze Volk zu opfern und wenn nötig Deutschland zugrunde gehen zu lassen, machte sie in meinen Augen reif für den Strick.“

Ueber die Juden.

„Der schwarzhaarige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem, des Mädchens, Volke raubt.“

Militarisierte Organisation.

„Man begriff nie, daß die Stärke einer politischen Partei keineswegs in einer möglichst großen und selbständigen Geistigkeit der einzelnen Mitglieder liegt, als vielmehr im disziplinierten Gehorsam, mit dem ihre Mitglieder der geistigen Führung Gefolgschaft leisten.“

Südenpolitik: gen Ostland!

„Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. . .“

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.

. . . Das Rieseneich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. . .“

Unsere Aufgabe, die Mission der nationalsozialistischen Bewegung, aber ist, unser eigenes Volk zu jener politischen Einsicht zu bringen, daß es sein Zukunftsziel nicht im berausenden Eindruck eines neuen Alexanderzuges erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen Arbeit des deutschen Pfluges, dem das Schwert nur den Boden zu geben hat.“

Politisches Testament.

„Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jeglichem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch nur in Form der Bildung eines zur Militärmacht fähigen Staates, einen Angriff gegen Deutschland und eblickt darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln, bis zur Anwendung von Waffengewalt, die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern, beziehungsweise einen solchen, wenn er schon entstanden, wieder zu zerschlagen.“

Schweizer Bourgeoisie wünscht Sicherheit.

Die Unruhen, die sich am 9. November in Genf ereigneten, haben die Regierung veranlaßt, nicht nur die dabeiverhafteten Arbeiter vor Gericht zu stellen und die Kantonspolizei zu verstärken, sondern auch gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten, wie die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt,

„den Respekt vor der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit mit dem Schutz der Arbeitsfreiheit und dem Interesse an der Sicherung gegen Umsturz und Ruhestörung in Einklang zu bringen.“

Sie (die Neuregelung, Red.) wendet sich gegen keine bestimmte Gruppe oder Partei und kann daher ebensogut extreme Bestrebungen von selten der Rechten wie der Linken treffen.“

„Nach dem Grundsatz, daß es besser ist, einem Uebel vorzubeugen“ (wir zitieren die „Neue Züricher Zeitung“) ist die Aenderung einiger Artikel des Strafgesetzbuches geplant.

Zunächst handelt es sich um die Einführung eines Artikels 91b des Strafgesetzbuches, der die

Delikte gegen die innere Sicherheit

des Staates betrifft. Danach wird jeder, der eine Handlung begeht oder an einer solchen teilnimmt, die darauf gerichtet ist, die Verfassung oder das konstitutionelle System des Kantons durch Gewalt zu ändern, oder die im Interesse der Öffentlichkeit gelegenen Dienstzweige oder Einrichtungen zu stören oder zu desorganisieren, ferner jeder, der durch Wort, Schrift oder Bild zur Begehung solcher Handlungen anleitet oder aufreizt, mit

Zuchthaus von drei bis zehn Jahren

bestraft, sofern es sich um Anführer handelt, sonst mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Die Vorbereitungen solcher Gesetzesverletzungen juristisch als Versuch behandelt und unterliegen dem dafür geltenden Strafmaß. Als solche gelten in besonders: die Versorgung mit Waffen, Munition, Instrumenten und Material, ebenso das Komplottieren und

jede Propaganda oder aufrührerische Agitation durch das Mittel von Vereinigungen, Versammlungen, Reden, Proklamationen, Anschlägen, Schriften, Drucksachen.

Die Regierung denkt bei ihren neuen Maßnahmen nicht nur an die Vorfälle vom 9. November, sondern überhaupt an alle kürzlich erfolgten Gelegenheiten, bei denen die Arbeiter aufgemuckt haben. Darum wird dem Artikel 109 über

Hausfriedensbruch

ein Absatz 2 angehängt werden, durch den Protestkundgebungen, wie die Bauarbeiter sie voriges Jahr beim Bau des Völkerbunds-Palais durchgeführt haben, strafbar sind.

Ein weiterer Artikel betrifft den

Ungehorsam gegen behördliche Verfügungen.

Den Anlaß dazu bietet die Abhaltung einer polizeilich verbotenen sozialistischen Versammlung im Februar 1932 in Genf. Künftig werden derartige Delikte mit der Bestrafung der Verantwortlichen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 2000 Franken bedroht.

Ferner dürfen

Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel nur mit Genehmigung der Polizei stattfinden. Auch Versammlungen, die nicht unter freiem Himmel stattfinden, können verboten werden, wenn die

„öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet“ ist.

Genau wie bei ähnlichen Gesetzen in Deutschland sind die Bestimmungen hinsichtlich kautschukartig, daß sie zwar auch gegen rechts angewandt werden können, wie die „Neue Züricher Zeitung“ meint, aber nicht angewandt zu werden brauchen und praktisch wahrscheinlich nicht angewandt werden. Hoffentlich wird die Schweizer Arbeiterschaft, die sich geschlossen gegen diese Knebelung ihrer Bewegung zu bekämpfen, wie sie selber von der Reaktion bekämpft werden.“

Selbstzeugnisse jetziger Reichsm. . .

Hitler

erklärte nach der Ermordung des Hamburger KP-Abgeordneten Hennig durch Nazis (März 1931): er wolle aus Mitleid mit den verirrten Parteigenossen die Prozeßkosten „aus Eigenem“ tragen. —

Der SA-Mann Wagner war wegen eines Attentats auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke in Reichenbach (Schlesien) angeklagt. Der SA-Oberführer von Schlesien-Süd, von Obernitz, einer der Anstifter des Attentats, übermittelte ihm von München aus Grüße Hitlers und versicherte ihm der Treue seiner Kameraden. In dem Prozeß sagte der Vorsitzende nach Verlesen des Briefes: „Dieser Brief aus München läßt keinen Zweifel daran, daß die Führer Ihre Tat billigten.“

Nach der Verurteilung der Mörder von Potempa erließ Hitler einen Aufruf im „Völkischen Beobachter“. Darin heißt es: „Wer von Euch ein Gefühl für den Kampf um die Ehre und die Freiheit der Nation besitzt, wird verstehen, weshalb ich mich weigerte, in diese Regierung einzutreten. . . Herr von Papen, Ihre blutige ‚Objektivität‘ kenne ich nun! . . . Der Kampf um das Leben unserer fünf Kameraden setzt nun ein!“

Frick

sagte am 29. Juli 1932 in Königsberg: „Für Deutschland wird es ein Segen sein, wenn 10 000 oder besser noch 15 000 der marxistischen Burschen, die den Arbeitern alles versprechen und nichts gehalten haben, vom Erdboden verschwinden. Damit will ich aber nicht im entferntesten eine Mordhetze entfesseln.“

Zwei Tage später begannen in Königsberg die nationalsozialistischen Morde an Arbeiterführern, und dann die weiteren Terrorakte in Ostpreußen, Schlesien und Holstein.

Göring

telegraphierte an die Mörder von Potempa: „In maßloser Erbitterung und Empörung über das Schreckensurteil, das Euch betroffen hat, gebe ich Euch, Kameraden, die Versicherung, daß unser ganzer (!) Kampf von jetzt ab Eurer Freiheit gilt. Ihr seid keine Mörder, Ihr habt das Leben und die Ehre Eurer Kameraden verteidigt. Für Eure Familien überweise ich heute 1000 Mark . . . 14 Millionen der besten Deutschen haben Eure Sache zu der Ihrigen gemacht“

Politische Zusammenstöße am Montag.

In Berlin fanden am Montag abend, anschließend an den SA-Fackelzug, neben einigen leichteren Zusammenstößen zwei ernste Schießereien statt. In der Charlottenburger Wallstraße wurde neben dem tödlich verletzten Sturmführer Maikowski ein Polizist durch einen Brustschuß verletzt. In Spandau wurden durch Schüsse ein Kommunist schwer, ein anderer leicht verletzt.

Kommunistische Demonstrationen gegen die Hitler-Regierung, die sich am Montag abend in verschiedenen Berliner Straßen bildeten, stellenweise bis um 1000 Mann stark, wurden von der Polizei auseinander getrieben.

In Oranienburg am Montag abend ein Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten. Vier Nazis verletzt. Ein von den Nazis geplanter Umzug fand infolgedessen nicht statt.

Hamburg. Größere kommunistische Demonstrationsversuche sind noch aus Hamburg-Barmbeck gemeldet. Schlägereien zwischen Nazis und politischen Gegnern in Altona, Hamburg. Wansbek.

In Schweinfurt am Montag und in der Nacht zum Dienstag Zusammenstöße von Nazis mit Kommunisten. Ein Kaufmann und zwei Arbeiter schwer verletzt.

Führer des Mordsturms 33 erschossen.

Am Montag abend wurde ein SA-Trupp, der von dem Fackelzug zurückkehrte, in der Wallstraße in Charlottenburg aus einem Hause beschossen. Dabei wurde der Mordsturm-Führer Maikowski durch einen Bauchschuß tödlich verletzt. Die Durchsuchung des fraglichen Hauses nach dem Täter ist erfolglos geblieben.

Maikowski war neben seinem Vorgänger Hahn als Führer des Charlottenburger Sturms 33 einer der Hauptorganisatoren der Morde dieses Sturms. Als nach der Erschießung des Arbeiters Lange (9. Dezember 1931) fünf SA-Leute verhaftet waren, teilte der nichtverhaftete Maikowski dem Gericht schriftlich mit, daß er sämtliche Schüsse abgegeben habe, sich aber dem Gericht nicht stellen würde. Maikowski war dann für die Polizei nicht auffindbar, obwohl er im „Angriff“ Sturmbefehle veröffentlichte. Im Oktober 1932 wurde er schließlich verhaftet und im Dezember entgegen den Ausnahmebestimmungen des Amnestiegesetzes amnestiert.

Natürlich fahndet die Polizei nach Kommunisten als Tätern, und es ist wahrscheinlich, daß dieser Mord zur Rechtfertigung geplanter Maßnahmen gegen die KPD dienen wird. Nach allen Erfahrungen bei den Morden an Nazis in letzter Zeit besteht aber kein Anlaß, den Mörder in erster Linie unter Kommunisten zu suchen — im Gegenteil!

Protest gegen die polizeiliche Erschießung der neun Dresdener Arbeiter.

Gegen den Polizeiterror in der antifaschistischen Versammlung im Dresdener Keglerheim hat das Präsidium der Internationalen Hilfsvereinigung und der Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg der IHV beim Sächsischen Innenministerium protestiert und folgende Forderungen erhoben:

Sofortige Amtsenthebung und strafrechtliche Verfolgung der verantwortlichen Polizeibeamten; ausreichende Staatshilfe für die Verwundeten und die Hinterbliebenen der Getöteten; unverzügliche Aufhebung des Belagerungszustandes gegen die sächsische Arbeiterschaft.

Terror-Kurs gegen die KP.

Die von Frick am Montag abend in einer Pressebesprechung angekündigte „Pressefreiheit“ ist gegen kommunistische Zeitungen sofort zur Anwendung gekommen:

Die Dienstag-Ausgabe der „Roten Fahne“ wurde beschlagnahmt auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten. Vermutlich wegen Abdrucks eines Aufrufs des ZK der KPD zum Generalstreik.

Auch die Dresdener „Arbeiterstimme“ vom Montag wurde aus demselben Grunde beschlagnahmt.

Der Polizeipräsident in Koblenz hat in seinem Bereich vorläufig sämtliche Kundgebungen der KPD und ihrer Neben- und Unterorganisationen verboten. Die KP hatte dort durch Flugblätter zu Massendemonstrationen gegen die Regierung Hitler aufgerufen.

Gegen eine vom sächsischen Innenministerium für Dienstag nachmittag gestattete KP-Demonstration in Dresden trommelt die Nazifraktion des sächsischen Landtags. Die Fraktion fordert von Frick, er solle als Reichsinnenminister einschreiten. Die Demonstration ist anlässlich der Beerdigung der Toten aus dem Keglerheim einberufen worden. Die Nazi-Gauleitung droht mit der Beantragung eines Reichskommissars für Sachsen, falls die Demonstration stattfindet.

Der Essener Polizeipräsident hat die für Mittwoch von der KP angekündigten Demonstrationen „Antifaschisten — Alarm“ verboten.

In Altona sammelten sich am Montag kommunistische Sprechchöre vor einer Wohlfahrtsstelle; sie verlangten die Herausgabe von Kohlenzetteln. Polizei trieb sie auseinander, angeblich, weil einige sich an Büromöbeln im Wohlfahrtsamt vergriffen.

In Magdeburg wurden kommunistische Demonstrationen, wo sich solche am Montag abend bildeten, von Polizei sofort auseinander getrieben. Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik hat die Polizei möglichst beschlagnahmt.

Polizisten haben zu sagen, wer sie sind.

Wiederholte Klagen haben den kommissarischen preußischen Innenminister veranlaßt, die Polizeichefs im Lande daran zu erinnern, daß

Schutzpolizeibeamte auf Ansuchen ihren Namen und ihre Dienstnummer anzugeben haben.

In einem besonderen Erlaß vom 9. Januar wird daran erinnert, daß die Nennung von Name oder Dienstnummer nach den Vorschriften für den Polizeidienst nur dann verweigert werden kann, wenn eine „offenbar beabsichtigte Behinderung einer Amtshandlung“ vorliegt. Es habe sich in der Praxis vielleicht eine unzutreffende Auslegung darüber eingebürgert, wann durch die Frage nach den Namen oder der Dienstnummer eine solche Behinderung einer Amtshandlung vorliegt.

Die Beamten werden dann in dem Erlaß belehrt, daß sie durch ihre Namensverweigerung kurzsichtig handeln und nicht nur im Augenblick ihre persönlichen Schwierigkeiten vermehren, sondern auch das Ansehen der Polizei schädigen. Sie sollten die Pflicht der Namensnennung peinlich genau und ohne Empfindlichkeit erfüllen.

Die letzten BVG-Räuber verhaftet.

Von einem riesigen Polizeiaufgebot (100 Schupos, die Dächer und anliegenden Häuser besetzten; etwa 30 Kriminalbeamte) wurden am Montag in Schöneberg die BVG-Räuber Achtenhagen und Hoheisel verhaftet. Nachdem vier andere Teilnehmer am dem Charlottenburger Ueberfall (Hildebrand, Hans und Willi Krebs, Wiemke) bereits vor einigen Tagen verhaftet worden sind, scheinen nun alle Beteiligten in Händen der Polizei zu sein.

Es handelt sich um den Raubüberfall auf einen Geldtransport der Berliner Verkehrs-Gesellschaft in Charlotten-

burg, am 15. September 1932. Dabei wurde der Stadtinspektor Meyer von den Räufern erschossen; Beute: 33 000 Mark.

Die vier zuerst Verhafteten sind inzwischen außerdem folgender Ueberfälle überführt worden: auf ein Lokal in Mariendorf (dabei wurde der Prokurist Sauer erschossen); zwei Ueberfälle auf Taxichauffeure; zwei Ueberfälle auf Tankstellen; ein Ueberfall auf einen Straßenpassanten. Im ganzen sind also zwei Morde bei diesen Räuereien geschehen.

Was kostet das parlamentarische Geschwätz?

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht soeben im zweiten Januar-Heft von „Wirtschaft und Statistik“ eine ausführliche Darstellung der öffentlichen Ausgaben für die Reichs- und Landesparlamente in Deutschland. Nicht einbezogen sind die Ausgaben für Gemeindevertretungen sowie die Wahlkosten, für die eine besondere Veröffentlichung in Aussicht genommen ist.

Jeder Reichstagsabgeordnete kostete 1930/31 dem deutschen Volk jährlich 15 100 Mark.

Die Landtagsabgeordneten sind etwas billiger. Die preußischen und bayerischen Landtagsabgeordneten kosteten jährlich nur je 14 000 Mark. Sachsen gab pro Abgeordneten-Mundwerk 13 000 Mark aus, Württemberg 8100 Mark u. s. w.; Lübeck steht am Schluß der Reihe mit nur 1200 Mark.

Insgesamt kostete der deutsche Reichstag jährlich 8 075 000 Mark, der Reichsrat 603 000 Mark, der vorläufige Reichswirtschaftsrat 704 000 Mark, der preußische Landtag 6 315 000 Mark, der bayerische Landtag 1 788 000 Mark.

Alle Redebühnen zusammen hatten einen Etat von rund 22 Millionen Mark.

Fürwahr, es sind goldene Worte in diesen Parlamenten gesprochen worden. Sie kosteten den Regierten wenigstens eine ziemliche Stange Gold!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

Hamburg: Donnerstag, 2. Februar, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, kl. Saal. Thema: „Rechtsnot über Deutschland“. Redner: Dr. Erich Lewinski (Kassel).

BERLIN

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr, in der „KAMERA“, Unter den Linden 14:

Morgenveranstaltung

des „Funken“, die dazu beitragen soll, den weiteren Kampf des „Funken“, insbesondere gegen den Krieg, finanziell zu unterstützen.

ERNST GLAESER, ALEXANDER GRANACH, ERICH MÜHSAM, THEODOR PLIVIER, GERHARD THOMAS (an der Orgel) und der CHOR DER „JUNGEN VOLKSBUHNE“ wirken mit.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1.— Mark und 1.50 Mark, für Erwerbslose 0.50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funken“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funken“ zu.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppehauer Verlag AG, Berlin.

Der Krankenträger — wie seltsamerweise der Sanitätsmensch bei der Truppe heißt, obwohl er selten Kranke, öfter Tote und am häufigsten Verwundete aus der Stellung fort-schafft — er schleppt und zerrt auf der Trage (so heißt, was man gemeinhin Bahre nennt) unbrauchbar gewordenen Soldatenmaterial von dannen: durch Lehms, zähen Kot, Wasser. Ueber freies Gelände, das uneben ist, aufgerissenes oder sumpfig. Es geht kilometerweit so, und immer können in den Gräben nur zwei gleichzeitig tragen — nicht vier, wie es Vorschrift ist, und wie es schon sauber daheim im sauberen Kasernenhof maßvoll (je ein Trüppchen immer dreimal durch die Runde) geübt wird. Nämlich wegen der Schmalheit der Gräben tragen nur zwei Mann keuchend auf ihren Achseln an die zwei Zentner stolpernd, wankend, halb niederstürzend unter dem Gewicht, beim Jammerschrei des unsanft behandelten Passagiers wieder sich hochstemmend. Die beiden anderen tasten hinterher, bis man ablöst.

Die Achseln der Träger werden gereizt, denn die Trage ist unpraktisch; manchmal sind sie durchgeschauert, wund, vereitert. Viele haben unterm Uniformrock dicke Verbände, um den Druck zu mildern, aber es hilft nicht viel. Und das Ende? Sie können den Dienst nicht durchhalten, sie wandern ab in die Kompagnien, sie legen die Genfer Binde beiseite, sie müssen zum Gewehr greifen.

Am brauchbarsten sind bedächtigt breite Männer vom Land oder Schwerarbeiter aus der Stadt. Die sind erst erschöpft, wenn sie drei-, viermal in einer Nacht hinausmüssen und drei-, viermal ihre drei, vier, fünf Kilometer weit Zentnerlasten an den Arzt herangebracht haben.

Funk hat sich zum Krankenträger ausbilden lassen, weil er heimlich geschworen hat, den Irrsinn, auf Menschen zu

schießen, nicht mitmachen zu wollen. Gegen die Darlegungen, sein ganz unschuldiges Land sei von Mordgesellen meuchlings überfallen, es gälte den Verteidigungskampf oder Versklavung und Tod — gegen solch pathetisches Gerede instinktiv mißtrauisch in einer Zeit, die ihm Beweise für oder wider sein Mißtrauen nicht heranbringen konnte, glaubt er nur in der Weise für die sämtlichen Verblendeten und Genasführten sich einsetzen zu können, daß er versucht, die Wunden und Verstümmelungen, die sie einander beibringen, mit heilen zu helfen.

Aber Funk versagt, er ist unbrauchbar.

Wenn er auf den Transporten unter den Gewichten, die er bewältigen soll, einfach zusammenknickt, von Schweißbächen schon nach hundert Metern überströmt, mit galoppierendem Atem, ja — man kann sagen: buchstäblich pfeifend auf dem letzten Loch, dann mangeln die Kameraden mit Recht: „Du hältst uns auf. Mit dir ist es nix. Du erschwerst uns den Dienst. Wir kommen nicht vom Fleck. Wir brauchen die doppelte Zeit mit dir. Und du selber gehst drauf dabei.“

„Ich werd' es lernen. Der Körper wird es schon lernen.“

„Das lernt sich nicht so leicht. Du bist das Arbeiten nicht gewöhnt. Was warst du denn zu Haus — Haarkünstler, he?“

„Schriftsteller.“

„Aha, Schriftsetzer und Federhalter“, sagt einer mitleidig scherzend. „Ja, da brauchst man kein besonderes Schmalz.“

Sie geben ihm den Rat, sich krank zu melden. Sie geben ihn gewiß aus eigennützigen Gründen, denn sie wollen Funk los sein. Der sagt sich das selber — er kann sich dennoch nicht entschließen, vor den Arzt zu treten, obwohl auch der Rattenbiß nicht in Ordnung gekommen ist. Der Handballen schwärt und pocht, und jede Bewegung mit der halb unbrauchbaren Hand tut weh, die er nicht einmal zu verbinden wagt, um mit der Geschichte nicht aufzufallen.

Denn er will nicht weg von der Stelle, an die er nun einmal geraten ist, an der er klebt in einer unheilvollen Passivität. Wohin? Als Kranker ins Revier oder vorübergehend in die Arme eines Lazarettes — und dann wieder hierher, um gewissermaßen von neuem anzufangen? Dann lieber gleich da bleiben. Zudem gestehen: „Ich habe einen eiternden Rattenbiß“, — das ist sehr albern. Es macht ihn noch lächerlicher,

als er doch schon ist. Sicherlich ist von den Mannschaften nie jemand durch eine Ratte derart attackiert worden. Am Ende glauben sie es gar nicht. So etwas passiert nur Säuglingen im unbewachten Kinderwagen. —

Ueber all dem, und ehe er wirklich zusammenfiel, von Sturm und Stoß total aufgelockert, kam der Tag der Ablösung.

Sein Bataillon ging in Ruhe. Sie marschierten und marschierten stundenlang, er wankte mit. Man kam in Bereiche, die so schön waren, als landete man mitten im Paradies. Freilich war es, nüchtern betrachtet, nichts weiter als eine große Fabrikanlage mit rußigroten Backsteinmauern und schwarzen Schotterwegen. Aus den Sälen hatte man die Maschinen hinausgeschmissen und Pritschen mit Drahtnetz, frischem Stroh und derben Leintüchern hineingestellt.

Man wurde gebadet und entlaust. Am Sonntag gab es etwas, das beinahe ein Schweinebraten geworden wäre. Die Schlafsäle waren geheizt, denn plötzlich im Oktober kam gleich ins Spätherbstliche hinein, der Wetterumschlag.

Wie märchenhaft schnell die mißhandelten Knochen sich erholen! Schlafen, schlafen, man schlief sich gesund. Wenn man nicht schlief, lungerte man umher, kaufte in der Kantine ein Messer, das gleich zerbrach, ein Pfund Zucker, eine Büchse Pflaumen, die undicht und vergoren war, und andere nutzlose Dinge, denn der Staat verstand es, den kargen Feldlohn des einfachen Soldaten in Höhe von monatlich fünfzehn Mark wieder einzukassieren.

Wie unbegreiflich man an Lebensmut gewann, an närrischer Bereitschaft zu hoffen. Am Ende, während wir hier faulenzten, geht der Krieg —? Das Herz schlägt freier, das Herz will sich wieder zuwenden den Schätzen der Welt. Eine kleine Herde Mädchen wäscht irgendwo Berge von Soldatenunterzeug innerhalb des Fabrikkomplexes. Mittags, wenn man vor der Küche ansteht, um Essen zu fassen, haben auch sie gerade freie Zeit und flanieren vorbei. Wie schön sie sind! Die Männeraugen, die seit langem keine junge Frau mehr gesehen haben, zittern vor Begier. Gibt es das: einen so kleinen Fuß, und wo kommt der kokette Schuh her? Gibt es das: eine so drollig gepolterte Hand?

(Fortsetzung folgt.)

